

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 249 September 2014



**Hier leben
Hier wohnen
Hier bleiben**

P.P. Uster

Die Gemeinden brauchen preisgünstigen Wohnraum

Editorial



Die Nerven liegen blank, vor der Abstimmung über die Änderung des Planungs- und Baugesetzes, mit welchem die Gemeinden das Recht erhalten sollen, bei Auf- und Umzonungen einen Anteil von preisgünstigen Wohn-

nungen festschreiben zu können (siehe Seite 6/7). Der Hauseigentümer-Verband meint sogar, im Abstimmungskampf zum Mittel der Diffamierung von Genossenschaften greifen und sich hinter einer anonymen Postfach-Adresse verstecken zu müssen – viel tiefer kann man als gestandener Verband nicht mehr sinken.

Die unappetitliche Kampagne zeigt, dass es den Gegnern an überzeugenden Argumenten fehlt. Ein Beispiel: Das Nein-Komitee wiederholt ständig, dass die neue Vorschrift den Besitzer in der Nutzung seines Grund und Bodens einschränke. Ja, das tut sie. Nur: Das ist das Wesen jeder planerischen Festlegung. Je nach Bauzone, in der mein Grundstück liegt, sind meine Möglichkeiten unterschiedlich. Und wenn die Zonenordnung festschreibt, dass ich auf meinem Grundstück nur bis zu einer bestimmten Höhe bauen kann, ist das auch ein Eingriff ins Eigentum. Solche Einschränkungen sind absolut normal und akzeptiert. Warum soll dies nun hier plötzlich anders sein?

Völliger Quatsch ist sodann die Behauptung, die neue Vorschrift führe zu einer faktischen Enteignung. Das Gegenteil ist der Fall: Die Vorschrift greift nur bei Ein- und Aufzonungen. Dadurch erhält ein Landbesitzer die Möglichkeit, auf seinem Land eine bessere Rendite zu erzielen. Er erhält also dank der Gemeinde einen Mehrwert. Im Gegenzug gibt er einen kleinen Teil dieses Mehrwertes an die Gemeinschaft zurück, indem er einen Anteil an bezahlbarem Wohnraum schafft. Bessere Renditemöglichkeit für den Landbesitzer – für mich tönt das ziemlich nach dem Gegenteil einer Enteignung...

Die Vorlage, über die wir abstimmen, ist vernünftig und alles andere als revolutionär. Das sehen auch Bürgerliche so, die sich einen Sinn für das Gemeinwohl erhalten haben. Etwa der frühere Richterswiler Gemeindepräsident Ruedi Hatt. Ich habe ihn während unserer gemeinsamen Zeit im Kantonsrat als gestandenen Freisinnigen kennengelernt, der wahrlich nicht unter Sozialismus-Verdacht gestellt werden kann. Er stehe mit «Bauch und Rücken» hinter dieser Vorlage, so erklärte Hatt kürzlich den Medien: Sie bringe den Grundbesitzern einen Mehrwert, stärke die Gemeindeautonomie und fördere den sozialen Frieden. Besser kann man es nicht sagen.

Stefan Feldmann, Kantonsrat SP Uster

Aktuelles aus dem Gemeinderat

Kein Landverkauf im Müliholz

Von Balthasar Thalmann, SP-Gemeinderat

Die Stadt Uster besitzt im Müliholz neben dem Autodiscount eine rund 1,5 Hektaren grosse Bauparzelle. Der Stadtrat möchte diese verkaufen. Er wollte dies bereits schon einmal: Vor sechs Jahren sagten die Ustermer Stimmberechtigten aber mit 54 Prozent Nein dazu.

Das Problem dabei war und ist auch heute noch, dass in diesem Gebiet Verkaufsflächen zulässig sind, welche ganz direkt die Geschäfte im Zentrum konkurrenzieren. Trotz dem damaligen klaren Volks-Nein verfolgt der Stadtrat offenbar weiterhin die Politik, Einkaufszentren auf der grünen Wiese zuzulassen – ja, mit dem Landverkauf sogar aktiv zu fördern. Gleichzeitig gibt er jährlich mehrere zehntausend Franken für einen «Zentrumsmanager» aus, der für ein attraktiveres Ustermer Zentrum sorgen soll – ein nicht auflösbarer Widerspruch.

Erschwerend kommt dazu, dass der Landverkauf im Müliholz zu einer Unzeit kommen soll. Der Kantonsrat hat mit der Festsetzung des kantonalen Richtplans im März 2014 der Stadt Uster die Möglichkeit gegeben, anschliessend an diese städtische Parzelle über eine Erweiterung der Bauzone nachzudenken. Ob und wie das passieren soll, muss aber zuerst gründlich geklärt und diskutiert werden. Gegen den Landverkauf im Müliholz sprechen also viele Gründe.

Die SP möchte, dass die Stadt Uster ihre Grundstücke zur Erreichung wichtiger Entwicklungsziele einsetzt. Dazu gehört z.B. auch, dass ansässige Gewerbebetriebe bezahlbare Räumlichkeiten finden. Weshalb soll die Stadt Uster



also nicht einen Partner suchen, mit dem sie einen Gewerbepark entwickeln und das Land im Baurecht abgeben kann? Mit einem Landverkauf gibt sie stattdessen sämtliche Optionen aus der Hand.

Es ist klar: Dem beabsichtigten Landverkauf können wir nicht zustimmen. Und wir sind überzeugt, dass im Extremfall auch das Volk wiederum Nein sagen wird. Unsere ablehnende Haltung gegenüber dem Landverkauf haben wir in einem Vorstoss kundgetan. Dieser wird im Herbst im Gemeinderat behandelt.

Ohnehin muss die Frage gestellt werden, ob es noch zeitgemäss ist, wenn die öffentliche Hand immer wieder Land verkauft. Wie sind der Meinung, dass die Stadt eine viel aktivere Bodenpolitik verfolgen muss. Das heisst, dass sie Grundstücke an guten und strategischen Lagen kauft, dass sie Land für Tauschgeschäfte zur Verfügung stellt, dass sie Land im Baurecht abgibt und nur im absoluten Ausnahmefall verkauft.

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei Uster

Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1

Auflage: 16 000 Exemplare

Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.–, auf PC 80–13431–8

Redaktion: Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut, Layout: Ewald Feldmann

Druck: Ropress Zürich

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Gemeindewahlen 2014: Eine Wahlbilanz aus SP-Sicht

Eins zu eins ...

Mit viel Energie stieg die SP Uster in den Wahlkampf 2014. Mit gutem Grund: Nicht nur wollte sie ihre drei bisherigen Sitze im Stadtrat und das Stadtpräsidium verteidigen, sondern sie wollte im Gemeinderat nach der Niederlage von vor vier Jahren wieder an Sitzen zulegen. Der Einsatz lohnte sich, denn nach der Wahl können wir festhalten: 4 der 5 gesteckten Wahlziele haben wir erreicht – eine Bilanz, die Ansporn zur weiteren Arbeit ist.

Von Matthias Stambach, Präsident SP Uster

Die SP Uster stand bei den Wahlen von 2014 vor einer Herausforderung: 2010 hatten wir unsere drei Stadtratssitze locker verteidigt. Dies war aber auch der Tatsache geschuldet, dass wir mit drei bisherigen Stadratsmitgliedern, die einen souveränen Job machten, antreten konnten. Anders 2014: Stadtpräsident Martin Bornhauser hatte der Partei schon frühzeitig signalisiert, dass er keine weitere Amtszeit anstrebt. Und nachdem auch die Primarschulpräsidentin zurücktrat, stellte sich für die SP die Frage, wie sie den dritten Stadtratssitz verteidigen will: Über eine dritte Stadratskandidatur oder eine Kandidatur für das Primarschulpräsidium? Der Entscheid fiel zugunsten der zweiten Variante. Diese Strategie hatte zwei Vorteile: Zum einen die Option zum allerersten Mal das Schulpräsidium für die SP zu erobern, zum anderen konnten wir so verhindern, dass sich Links-Grün im Stadtratswahlkampf mit zu vielen Kandidaten auf ihrer Seite gegenseitig aufreibt.

Einzigste SP-Sektion mit Zugewinn

Mit Patricia Bernet und Barbara Thalmann konnte die SP Uster sowohl fürs Primarschulpräsidium als auch für das Stadtpräsidium die bestmöglichen Kandidatinnen finden, welche im Wahlkampf als «Zugpferde» der SP Uster dienten. Im Weiteren gelang es, eine äusserst attraktive Gemeinderatsliste zusammenzustellen und auch für die weiteren Behörden geeignete KandidatInnen zu finden – was für alle Parteien immer eine Herausforderung darstellt.

Im Rückblick ist festzustellen, dass wir alles, oder zumindest fast alles, richtig gemacht haben: Im Gemeinderat legte die SP Uster gegen den kantonalen Trend um fast zwei Prozent zu und hat nach der Stadt Zürich nun den höchsten SP-Wähleranteil in allen Zürcher Parlamentsgemeinden. Jede vierte stimmberechtigte Person



Die SP stellt auch nach den letzten Wahlen eine Dreiervertretung im Stadtrat: Barbara Thalmann, Esther Rickenbacher und Patricia Bernet.

wählt in Uster SP – darauf können wir stolz sein! Auch konnten wir als einzige SP-Sektion in einer Parlamentsgemeinde einen Sitz dazu gewinnen. Unsere Strategie, den dritten Sitz im Stadtrat über das Schulpräsidium zu verteidigen, ging ebenfalls voll auf: Patricia Bernet gewann die Stichwahl mit einem Vorsprung von über 1'000 Stimmen klar und deutlich. Was am Schluss fehlte war das Sahnehäubchen: Barbara Thalmann unterlag leider ihrem Kontrahenten um wenige Stimmen. Ob hier am Ende die massiven Finanzmittel des Gegenkandidaten den Ausschlag gaben, bleibe dahingestellt.

Stillstand oder Konsenspolitik?

Natürlich stellt sich die Frage, warum es am Ende nicht für die Verteidigung des Stadtpräsidiums reichte. Die häufigste und durchaus nachvollziehbare These ist, dass die StimmbürgerInnen generell davon zurückschrecken, zu viel Macht in der Hand einer Partei zu vereinen. Deshalb teilten sie die beiden Präsidien auf: das Stadtpräsidium für die SVP, das Schulpräsidium und damit den dritten Sitz im Stadtrat für die SP. Eins zu eins, gewissermassen...

Was bedeuten die Resultate für den Gemeinderat und den Stadtrat nun aber für die kommende Legislatur? Das Resultat zeigt vor allem, dass in Uster keines der politischen Lager eine Mehrheit hat: Im Stadtrat gibt es weiterhin eine knappe Mehrheit der Bürgerlichen, im Gemeinderat eine knappe Mehrheit von Rot-Grün-Mitte. Hier gibt es in Bereichen wie Umweltschutz, Energie oder Bildung neue Mehrheiten. Die bürgerliche Mehrheit im Stadtrat ist deshalb gut beraten, aus dem knappen Resultat bei den Stadtpräsidiumswahlen kein Mandat dafür herauszulesen, ohne jegliche Rücksicht eine bürgerliche Politik durchdrücken zu können. Eine solche würde spätestens im Gemeinderat auflaufen. Was nun nötig ist, ist eine Zusammenarbeit über die politischen Lager hinweg, was nötig ist, ist der Versuch aller wichtigen Kräfte, konsensual nach Lösungen zu suchen, insbesondere bei so zentralen Themen wie der Stadtplanung oder der Liegenschaften- und Wohnbaupolitik. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sich Stadt- und Gemeinderat, dass sich die politischen Lager gegenseitig neutralisieren und es zum Stillstand kommt. Und das hat Uster nicht verdient!

Legislaturprogramm: Dafür setzt sich die SP Uster in den kommenden vier Jahren ein

Für ein Uster mit Gesicht und Seele

Die Gemeinderatswahlen Anfang Jahr waren für die SP Uster erfolgreich: Sie konnte fast zwei Prozent zulegen und einen Sitz hinzugewinnen. Erstmals haben Rot-Grün zusammen mit den Mitte-Parteien eine knappe Mehrheit im Parlament. Gestaltungsmöglichkeiten sind also vorhanden und es gilt, sie zu nutzen. Wie sich die SP-Fraktion die Politik der kommenden Jahre vorstellt, zeigt sie im Legislaturprogramm auf, dass sie nach den Sommerferien verabschiedet hat.

Von Markus Wanner,
Präsident SP-Gemeinderatsfraktion

Uster prosperiert und wächst. Doch nicht alle Menschen profitieren davon. So haben etwa immer mehr Menschen Mühe, in Uster bezahlbaren Wohnraum zu finden. Von einer Fixierung auf einen tiefen Steuerfuss profitieren letztlich nur wenige Menschen. Wegen der fehlenden Steuereinnahmen schiebt die Stadt Uster dafür einen immer grösseren Investitionsberg vor sich her, gerade in so wichtigen Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder Kultur. Die SP-Fraktion will hier einen Wandel. Sie will, dass alle Menschen vom gemeinsam erarbeiteten Wohlstand profitieren: Familien, Haushalte mit geringem Einkommen, Jugendliche, ältere Personen, das produzierende Gewerbe, Kulturschaffende – sie alle machen Uster aus, sie alle sollen gehört werden. Chancengleichheit und Lebensqualität müssen die Leitlinien der Ustermer Politik sein.

Uster braucht Zukunft

Damit Uster attraktiv bleibt, muss die Stadt jetzt investieren. Gerade bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum besteht Handlungsbedarf. Die Stadt Uster muss deshalb eine aktive Bodenpolitik betreiben, strategisch wichtige Flächen kaufen und eigenes Land im Baurecht abgeben statt zu verkaufen. Der gemeinnützige Wohnungsbau soll dabei speziell gefördert werden. In die Zukunft investieren heisst aber auch, alle Menschen einzubinden, Junge und Alte, Zugewanderte und Einheimische. Nur so können wir das Potenzial aller nutzen.

Ein besonderes Augenmerk verdienen die jungen Menschen. Bereits in den ersten Lebensjahren werden die Weichen für die soziale, emotionale und geistige Entwicklung der Kinder gestellt. Ein guter Start ist für alle Kinder wich-

tig, besonders aber für jene mit ungünstigen Startbedingungen. Frühförderung, Tagesstrukturen und Tagesschulen sind hier die Zukunft. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass Kinder in Tagesschulen nicht nur mehr und besser lernen, sondern dass diese auch integrierend wirken und die soziale Kompetenz der Kinder fördern.

Uster braucht ein Gesicht

Über die Stadtentwicklung wird schon lange intensiv diskutiert. Vieles ist bereits aufgegleist, anderes muss endlich vorangetrieben werden. Zum Beispiel an der Schiffflände: Hier wurde genug gestritten. Jetzt gilt es eine umfassende Lösung zu finden, mit der alle Interessen unter einen Hut gebracht werden können. Gleiches gilt für das Stadtzentrum. Mit dem bestehenden Flickwerk muss aufgeräumt, der öffentliche Raum sorgfältig gestaltet, der Autoverkehr auf die Hauptachsen gelenkt und der Langsamverkehr priorisiert wird. Alle Bevölkerungsgruppen sollen im Zentrum ihren Raum finden. Deshalb darf seine Entwicklung auch nicht alleine der Wirtschaft überlassen werden, sondern die ganze Bevölkerung muss miteinbezogen werden. Zu einer gelungenen Stadtplanung gehört aber auch, dass dem Veloverkehr mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Gerade Uster eignet sich hervorragend als Velostadt, doch das Velowegnetz ist heute ein Flickwerk.

Uster braucht eine Seele

Das Rückgrat des sportlichen, kulturellen und geselligen Lebens unserer Stadt bilden die Vereine. Sie müssen durch die Stadt Uster unterstützt und gefördert werden. Dafür braucht es Räumlichkeiten und Finanzen. Deshalb muss die Projektierung des neuen städtischen Kultursaals unverzüglich an die Hand genommen werden. Und es muss darauf geachtet werden, dass er mehr als eine bessere Mehrzweckhalle wird. Das Zeughaus-Areal bietet zudem auch die Gelegenheit, Freiräume für die Jugendkultur oder für die Musikschule zu schaffen, die heute



*Chancengleichheit und Lebensqualität:
Die SP Uster will, dass sie die Leitlinien der Politik sind,
die im Stadthaus gemacht wird.*

auf zu viele Standorte verteilt ist. Und nicht zuletzt soll die Integrationsarbeit, welche die Sportvereine mit Jugendlichen leisten, durch die Stadt finanziell abgegolten werden.

Es gilt aber auch, den Einfluss der Gemeinschaft auf die wichtigen Infrastrukturen zu verteidigen. Etwa bei der Energieversorgung, die zu 100 Prozent in öffentlicher Hand bleiben muss. Nur so können wir Einfluss nehmen auf das Angebot der Energie Uster AG. Oder aber im Gesundheitswesen: Die Spitalversorgung der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Region ist und bleibt eine öffentliche Aufgabe. Die geplante Umwandlung des Zweckverbandes Spital Uster in eine Aktiengesellschaft ist der falsche Weg. Wir werden ihn bekämpfen.

Das vollständige Legislaturprogramm kann auf der Homepage der SP Uster www.sp-uster.ch unter «Positionen» heruntergeladen werden.

Nach den Wahlen 2014: Interview mit den SP-Gemeinderätinnen Kathrin Agosti und Monika Fitze

Gestaltungsmöglichkeiten nutzen und erhalten

Bei den Gemeinderatswahlen 2014 konnte die SP-Fraktion um einen Sitz zulegen und somit zwei neue Mitglieder in ihren Reihen begrüßen: Kathrin Agosti und Monika Fitze. FORUM hat bei ihnen nachgefragt, wofür sie sich engagieren wollen und wie sie in ihr neues Amt gestartet sind.

FORUM: Bei den letzten Gemeinderatswahlen seid ihr neu in den Gemeinderat gewählt worden. Was hat euch gereizt, diese Aufgabe anzunehmen?

Kathrin Agosti: Ich möchte unsere Gesellschaft mitgestalten. Das heisst für mich, politisch aktiv zu sein. Das war ich auch schon bisher, habe mich in basispolitischen Gruppen engagiert, wie etwa der «Aktion Gsundi Gsundheitspolitik» oder der Gesundheitskommission der SP Kanton Zürich. Nun hat mich auch die politische Arbeit in einem Parlament gereizt. Ich habe mich sehr über die Wahl gefreut.

Monika Fitze: Ich wohne seit 12 Jahren in Uster. Damals bin ich von der Stadt Zürich mit drei kleinen Kindern «aufs Land» gezogen. Uster hat sich seither stark verändert, mitunter auch durch die vielen NeuzuzügerInnen, zu denen ich mich immer noch zähle. Ich finde es wichtig, dass auch diese Stimmen im Gemeinderat vertreten sind und so die Perspektive der «echten» UstermerInnen ergänzen. Aus dieser Perspektive das öffentliche Leben in Uster mitzuprägen, finde ich eine Herausforderung, die ich gerne annehme.

Welche Vorstellung habt ihr mit der Arbeit in einem Parlament verbunden? Ist sie so, wie ihr es erwartet habt? Gibt es Dinge, die euch überrascht haben?

Kathrin Agosti: Die Tätigkeit im Rat und in der Kommission entspricht meinen Vorstellungen. Beruflich bin ich als Juristin in der Gesundheitsdirektion auch mit politischen Geschäften befasst, parlamentarische Abläufe sind mir deshalb vertraut. Weniger bewusst war mir, was alles noch dazu kommt: Die politische Stossrichtung in einzelnen Themen muss ja zuerst entwickelt werden. Dafür braucht es Diskussion und Kontakte mit betroffenen Personen oder Organisationen, inner- und ausserhalb der Partei.

Monika Fitze: Mich hat das Formale einer Gemeinderatssitzung überrascht. Es hat alles seine Ordnung, vom Namensaufruf bis zur Anrede bei einer Wortmeldung. Das hat aber auch viele Vorteile, wie Klarheit und Effizienz, die durchaus Sinn machen.



Sie sitzen seit den Gemeinderatswahlen neu für die SP Uster im Parlament: Kathrin Agosti (links) und Monika Fitze.

Ein wichtiger Teil der Parlamentsarbeit findet ja auch in den Kommissionen statt. Kathrin Agosti ist in der Kommission Bildung und Kultur, Monika Fitze in der Kommission Soziales und Gesundheit. Wie nahe liegen euch diese Themen?

Monika Fitze: Für mich wäre es naheliegender gewesen, in der Bildung mitzuwirken, da ich von Berufes wegen eine hohe Affinität zum Thema habe. Ich bin aber dennoch zufrieden mit meiner Kommission. Die Diskussionen werden über die Parteigrenzen angeregt geführt, zudem habe ich es in meiner Subkommission Soziale Sicherheit mit sehr relevanten Themen zu tun, wie etwa der familienergänzenden Betreuung.

Kathrin Agosti: Ich finde Bildung ein spannendes Thema und eine wichtige öffentliche Aufgabe. In diesem Bereich passiert einiges auf kommunaler Ebene und es gibt entsprechend viele Geschäfte in der Kommission. In die Kulturpolitik muss ich mich erst noch einleben, die Kultur in Uster kannte ich bislang vor allem als Konsumentin des «kleinen aber feinen» Kulturangebots unserer Stadt.

Gibt es Themen, für die ihr euch speziell einsetzen wollt?

Monika Fitze: Mir liegen die Jüngsten in unserer Gesellschaft sehr am Herzen. Es ist wichtig, dass der frühen Kindheit mehr Beachtung zuteil wird. Die Familien und die unterschiedlichen Betreuungs- und Bildungsangebote brauchen

die nötige Unterstützung, Räume (z. B. Familienzentrum) und Koordination. Weshalb gibt es in Uster keine Kindheits- und Familienbeauftragte, so wie es einen Jugendbeauftragten und ganz neu auch eine Altersbeauftragte gibt? Ich bin überzeugt, dass sich der erste Lebensabschnitt als Bildungsstufe etablieren wird und sich die familienergänzende Betreuung mehr zur familienergänzenden Bildung entwickeln wird.

Kathrin Agosti: Mein persönlicher Schwerpunkt liegen bei sozialpolitischen Fragen. Ich werde mich dagegen wehren, dass aus vermeintlichem Sparzwang diese wichtigen staatlichen Leistungen abgebaut werden. Konkret interessiert mich zum Beispiel, ob in der Stadt Uster alle Rentnerinnen und Rentner, die ein Anrecht darauf haben, die Ergänzungsleistungen der AHV in Anspruch nehmen. Es gehört zu den Aufgaben der Stadt, die betroffenen Personen über mögliche Unterstützung in diesem Bereich zu informieren. Aber kommt sie dieser Aufgabe auch nach? Ein anderes Thema, das mich beschäftigt, ist die geplante Umwandlung des Spitals Uster in eine AG. Ich finde dies der falsche Weg, weil wir so unsere demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten bei der Spitalversorgung verlieren. Wir werden uns deshalb im Abstimmungskampf für ein Nein an der Urne einsetzen.

Interview: Stefan Feldmann

Kantonale Abstimmungen: JA zur Änderung des Planungs- und Baugesetzes

Preisgünstiger Wohnraum: Für eine

2012 lancierte die SP Kanton Zürich die Initiative «Bezahlbar Wohnen für alle». Und fand damit Gehör: Eine breite Allianz erarbeitete im Kantonsrat einen Gegenvorschlag für eine Änderung des Bau- und Planungsgesetzes, über welchen wir nun abstimmen. Die Gemeinden sollen auf freiwilliger Basis Zonen ausscheiden können, die für preisgünstige Wohnungen reserviert sind. Damit soll in den Gemeinden mehr Wohnraum geschaffen werden, welche sich auch Normalverdienende leisten können.

Von Jacqueline Badran, SP-Nationalrätin, Zürich

Die Mieten und Immobilienpreise explodieren seit Jahren. Und dies trotz rekordtiefen Zinsen, minimaler Inflation und reger Bautätigkeit wie noch nie, so dass das Angebot mit der Nachfrage mitgehalten hat. Explodiert sind aber die Ge-

«Viele ältere Menschen möchten gerne von der zu gross gewordenen Wohnung oder dem Einfamilienhaus in bequemere Räume wechseln. Das ist aber kaum möglich, weil die Mieten in ihrem gewohnten Lebensumfeld meist zu hoch sind und entsprechende Angebote fehlen. Zur Alterspolitik gehört für mich deshalb auch eine vernünftige Wohnbaupolitik.»

Marianne de Mestral, Co-Präsidentin AG Alter



winne der Vermieter. Jeder einzelne Franken dieser Gewinne fehlt im Haushaltbudget der MieterInnen. Je mehr Geld für die Wohnkosten bezahlt wird, desto mehr fehlt beim Konsum oder zum Sparen und damit dem Gewerbe. Volkswirtschaftlich gesehen sind deshalb die extrem steigenden Mieten eine Katastrophe. Zudem führen massiv steigende Mieten zu einer unschweizerischen Entmischung ganzer Dörfer und Quartiere.

Gemeinden brauchen Durchmischung

Aus all diesen Gründen verlangt sowohl unsere Bundes- als auch unsere Kantonsverfassung

die Unterstützung des nichtgewinnorientierten Wohnungsbaus und des selbstbewohnten Eigentums. Der Grundgedanke dahinter ist einleuchtend: Niemand soll über das Wohnen die Gewinne anderer finanzieren müssen. Während das selbstbewohnte Eigentum mit Steuervergünstigung in Milliardenhöhe gefördert wird, kann der gemeinnützige Wohnungsbau – leider entgegen dem Verfassungsauftrag – kaum von guten Rahmenbedingungen profitieren. Es ist dringend Zeit für eine Trendwende.

Wohngenossenschaften können sich vor der hohen Nachfrage kaum mehr retten. Die meisten führen schon gar keine Wartelisten mehr. Deshalb braucht es mehr davon, so wie das die Bevölkerung und unsere Verfassung will, mehr bezahlbaren Wohnraum in bester Qualität, wo man gerne zuhause ist. Es ist kein Zufall, dass

«Nicht nur Maria und Josef suchten eine Bleibe. Auch auf dem Land ist die Wohnungsnot gross. Und so treibt die Verknappung – und vor allem die Verteuerung – von Wohnraum die Sozialkosten enorm in die Höhe. Die Festsetzung eines Anteils an günstigen Wohnungen in den Gemeinden gäbe hier endlich Gegensteuer.»

Bernhard Egg, Kirchenrat der reformierten Landeskirche



viele reiche Seegemeinden Zonen für den preisgünstigen Wohnungsbau fordern, denn sie brauchen eine Durchmischung der Bevölkerung und



Ein ausreichendes Angebot für preisgünstigen Wohnungsbau ist wichtig, etwa für ältere Menschen (im Bild: Genossenschaft Alterssiedlung Kreuz) oder ...

gesunde Entwicklung der Gemeinden

wollen den Mittelstand in ihre Dörfer zurückholen. Diese Vorlage schafft dafür die gesetzlichen Grundlagen.

Bei Auf- oder Einzonungen sollen die Gemeinden dank der neuen Regelung einen Mindestanteil festlegen können, der für preisgünstige Wohnungen reserviert bleibt. Es handelt sich dabei um eine Kann-Formulierung, was die Gemeindeautonomie respektiert: In Gebieten mit hoher Nachfrage kann mit entsprechenden Festlegungen Raum für preisgünstigen Wohnraum geschaffen werden, dort wo es nicht nötig ist, braucht es auch keine Massnahmen. Wer diesen preisgünstigen Wohnraum erstellt, lässt die Regelung offen. In vielen Fällen werden es Wohnbau-Genossenschaften sein, aber auch Private, die aus sozialer Verantwortung nicht das Maximum aus dem Markt herauspressen wollen, können das übernehmen.

Wohnraum von Menschen für Menschen

Wir müssen uns immer vor Augen halten: Wohnen ist ein elementares Bedürfnis des Menschen. Wohnen ist zu Hause sein, der Ort wo man sich

«Wohnen ist ein existentielles Gut. Bezahlbar wohnen im Alter, familiengerechtes und generationenübergreifendes Wohnen sind für die Gemeinden zentrale Themen. Gemeinden und Städte müssen deshalb qualitatives, verdichtetes Bauen mitsteuern und zusammen mit gemeinnützigen Wohnbauträgern zukunftsweisende Projekte entwickeln können.»

Barbara Thalmann, Stadträtin Uster



am häufigsten aufhält, der Ort wo soziale Beziehungen stattfinden, der Ort wo die Menschen ihre Kinder grossziehen. Wohnen ist aber auch der grösste Posten im Haushaltbudget fast aller Menschen.

Wir haben deshalb die Wahl: Wollen wir, dass gewinnmaximierende EigentümerInnen den Wohnungsmarkt nach Belieben beherrschen und mit immer mehr hochpreisigem Wohnraum zunehmend an der Einkommenssituation der Menschen vorbei produzieren? Oder wollen wir, dass Lebens- und Wohnräume von Menschen für Menschen geschaffen werden, Wohnräume, die sich auch Normalverdienende heute noch leisten können?

Ich habe mich entschieden. Ich stimme mit Ja.

Weitere Informationen unter:
www.hier-daheim.ch



... für viele Familien, bei denen die Wohnkosten der grösste Posten im Budget darstellt (im Bild: Wohnsiedlung Im Werk).

Eidgenössische Abstimmung: JA zur Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

Pseudo-Wettbewerb mit unnötigen Kosten abschaffen

Über 60 private Krankenkassen buhlen jährlich um die Gunst der Prämienzahlerinnen und -zahler. Dieser Wettbewerb müsse herrschen, so wird von ihnen behauptet, nur das halte die Gesundheitskosten und damit die Prämien tief. Doch das Gegenteil ist der Fall: In der Grundversorgung gibt es letztlich nur ein Pseudo-Wettbewerb. Und der kostet mehr, als er nützt. Deshalb will die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» das einführen, was bei Suva und AHV gut funktioniert: eine Kasse für alle.

Von Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat, Uster

In der Schweiz veranstalten heute über 60 private Krankenkassen Tag für Tag einen teuren bürokratischen Pseudo-Wettbewerb. Die lästigen Werbeanrufe und der zeitraubende Papierkram beim Kassenwechsel sind nur zwei von vielen Problemen. Um sich finanziell schadlos zu halten, versuchen die Kassen möglichst viele «gute Risiken» einzufangen und im Gegenzug die «teuren Fälle» abzuwimmeln. Für kranke und alte Menschen bedeutet dieser Kassen-Dschungel: fiese Schikanen, unfaire Tricks und teurere Prämien.

Verschleuderung von Prämiegeldern verhindern

Jahr für Jahr verschleudern die privaten Krankenkassen rund 225 Millionen Werbe-Franken, um der Konkurrenz junge, gesunde Prämienzahlende abzujagen. Hinzu kommen 100 Millionen an Wechselkosten. Weitere Prämiegelder fließen in politisches Lobbying und teure Abstimmungskampagnen. Gleichzeitig verdienen sich viele Manager und Verwaltungsräte eine goldene Nase. Für uns Prämienzahlerinnen und Prämienzahler bedeutet dieser Unsinn aber vor allem eines: immer höhere Prämien.

Gute Gesundheitsversorgung sichern

In den letzten Jahren sind die Prämien unaufhörlich und stetig gestiegen. Dass es auch anders geht, zeigt die Suva, welche im Bereich der Berufsunfallversicherung als Einheitskasse fungiert. Dank ihr sind die Prämien in diesem Bereich auch im europäischen Vergleich tief. Gleiches gilt im Bereich der Gebäudeversicherungen im Kanton Zürich: Eine kantonale Kasse, tiefe Prämien. Das zeigt: Dort, wo es aufgrund der Voraussetzungen gar keinen Wettbewerb



Ständig steigende Krankenkassenprämien verursachen vielen Leute Kopfweh. Da hilft nur eines: JA zur öffentlichen Krankenkasse.

Das Sparpotenzial ist gross!

Wir alle stöhnen über die ständig steigenden Krankenkassenprämien. Und zugegeben: Eine öffentliche Krankenkasse alleine wird nicht alle Probleme im Gesundheitswesen lösen, aber sie ist ein wichtiger Beitrag dazu. Kurzfristig wird das Prämienwachstum dank den wegfallenden Marketing- und Wechselkosten gebremst. Zusätzlich können durch koordinierte Versorgungsprogramme und mehr Prävention mittel- und langfristig rund zwei Milliarden Fran-

ken pro Jahr eingespart werden. Insgesamt ergibt das ein Sparpotenzial von 10 Prozent der gesamten Kosten! Ein Anfang, um die wachsenden Gesundheitskosten in den Griff zu kriegen, wäre gemacht.

ken pro Jahr eingespart werden. Insgesamt ergibt das ein Sparpotenzial von 10 Prozent der gesamten Kosten! Ein Anfang, um die wachsenden Gesundheitskosten in den Griff zu kriegen, wäre gemacht.

Abstimmungen vom 28. September 2014

Eidgenössische Abstimmungen

NEIN zur Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes»

... weil entweder Steuerausfälle oder ein höherer Mehrwertsteuersatz für alle Lebensmittel drohen.

JA zur Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

... weil sie ein wichtiger Beitrag zum Stopp der steigenden Gesundheitskosten ist (siehe Artikel auf dieser Seite).

Kantonale Abstimmung

JA zur Änderung des Planungs- und Baugesetzes (Festlegung Mindestanteil preisgünstiger Wohnraum)

... weil damit die Gemeinden ein Instrument erhalten, mit dem sie den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern können (siehe Artikel Seite 6/7).

Städtische Abstimmung

JA zum Kredit für die Erweiterung des Schulhauses Weidli und die Integration der Heilpädagogischen Schule

... weil der Ausbau unumgänglich und die Integration der HPSU sinnvoll ist.